

Nr. 373: Vorlage Nehring an Kohl, 30. 7. 1990: Deutsche Einheit, S. 4230 (vgl. Dt. Einh., S. 1423) (c) Oldenbourg Verlag

**Vorlage des Regierungsdirektors Nehring an Bundeskanzler Kohl  
Bonn, 30. Juli 1990**

BK, 421 - 60000 Wi 3 NA 4 Bd. 1. - Mitverfasser: RR z.A. Heimbach.  
Az. 422 - 35006 - Wi 003. Weitere Adressaten der Vorlage: Chef BK,  
BM Klein, StM Stavenhagen. Mit Stempel: Der Leiter des  
Kanzlerbüros, 31. Juli 1990. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt:  
»H. Ludewig«.

Betr.: Zur Wirtschaftslage in der DDR

I. Gesamtlage

Einen Monat nach Einführung der Marktwirtschaft und der D-Mark wird zunehmend der erwartete tiefgreifende Umstrukturierungsprozeß von der Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft erkennbar. Denn wie nach der Währungsreform 1948 sehen sich heute in der DDR zahlreiche Unternehmen und Arbeitskräfte völlig neuen Aufgaben und Marktverhältnissen ausgesetzt, die hohe Anpassungsbereitschaft erfordern.

II. Im einzelnen:

1. Die Menschen in der DDR gehen besonnen mit der D-Mark um. Trotz Angebotsverknappung in Einzelbereichen (Gebrauchtwagen) ist der zum Teil befürchtete Kaufrausch ausgeblieben. Die Spar-, Bauspar- und Geldanlageangebote der Banken und Sparkassen werden erkannt und wahrgenommen.
2. Die Preisfreigabe - vor allem bei Grundnahrungsmitteln - hat zunächst zu erheblichen Anlaufschwierigkeiten geführt. Anfänglich überhöhte Preisforderungen wurden zwischenzeitlich aber vielfach

den Marktverhältnissen angepaßt. Die oft noch geringe Zahl konkurrierender Anbieter vor Ort führt allerdings in manchen Regionen noch zu einem deutlich höheren Preisniveau als in der Bundesrepublik.

3. Die Güterversorgung hat sich trotz erheblicher Mängel im Transport- und Verteilungssystem der DDR nach größeren Problemen Anfang Juli inzwischen gebessert.

Der sehr ausgeprägten Tendenz der DDR-Verbraucher, Westprodukte vorzuziehen, wird jetzt mit gezielten Anstrengungen des Groß- und Einzelhandels begegnet, auch wieder Waren aus DDR-Produktion ins Sortiment zu nehmen.

4. <Zahlreiche Unternehmen müssen mit erheblichen Liquiditätsproblemen fertigwerden (mangelnder bis fehlender Absatz bei fälligen Lohn- und Materialzahlungen). Zudem fehlt es noch an geeigneten Sicherheiten.> Auch deshalb ist der Bürgschaftsrahmen der Treuhandanstalt (im Einvernehmen mit BMF) allein für Juli auf 10 Mrd. DM erhöht worden.

Notwendig ist aber, daß die Banken ihre Zurückhaltung aufgeben und verstärkt Kredite auch ohne staatliche Garantien an neue und alte Betriebe mit »Überlebenschancen« geben.

5. Rückläufige Industrieproduktion hat zu einem deutlichen Anstieg der Kurzarbeit auf zuletzt knapp 230 000 Personen geführt.

Die registrierte Arbeitslosigkeit lag am 20. Juli bei gut 250 000 (Arbeitslosenquote: 3%).

<Eine weitere rasche Zunahme der Arbeitslosigkeit wird allgemein erwartet (die bisher verdeckte Arbeitslosigkeit im Sozialismus wird vom Ifo-Institut auf ca. 1,25 Millionen geschätzt, ohne daß diese nun sofort voll in Erscheinung treten muß!).>

Zugleich gibt es aber rund 100000 Betriebsneugründungen (Bau, Handwerk, Gaststätten, Tourismus, Handel). Gerade in vielen Dienstleistungszweigen erfolgen bereits Neueinstellungen in erheblichem Umfang (Handel, Banken, Versicherungen, Kfz-

Gewerbe). Genauere Zahlen zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit liegen jedoch noch nicht vor.

6. Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze - insbesondere in der Industrie - werden angesichts massiver Tariflohnerhöhungen (zwischen + 25% und +50%) und Arbeitszeitverkürzung erheblich erschwert. Bremsende Effekte auf den notwendigen Strukturwandel gehen auch von Beschäftigungsgarantien und Rationalisierungsschutzabkommen aus, die die Tarifpartner vereinbart haben.

7. Positiv zu werten ist das große Interesse an Privatisierungen. Bisher wurden knapp 9000 Anträge auf Unternehmensprivatisierung gestellt, in gut 1100 Fällen ist bereits die Reprivatisierung von Betrieben erfolgt.

Lebhaftes Echo finden auch Kooperationen zwischen Betrieben in der DDR und Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland. Zu den rund 2700 bereits eingegangenen Kooperationen gehören westdeutsche Partnerunternehmen (u.a. VW mit IFA, Karstadt mit Zentrum-Warenhäusern, Holsten-Brauerei mit Getränkekombinat Dresden) sowie japanische (z. B. bei Telefaxgeräten mit Robotron) und französische Firmen (z. B. Übernahme des größten Zementwerks der DDR in Karsdorf).

8. Dem erheblichen Überangebot an DDR-Agrarerzeugnissen wird mit einer vollständigen Integration der DDR-Landwirtschaft in die EG ab August begegnet. Dies dürfte die Lage der DDR-Landwirtschaft bald spürbar verbessern.

9. <Der gerade vorgelegte DDR-Staatshaushalt für das 2. Halbjahr 1990 hält die Vorgaben des ersten Staatsvertrages zwar ein, doch wird dies nur mit einer globalen Minderausgabe von 3,4 Mrd. DM (6,9 v.H. der Gesamtausgaben) erreicht.>

Haushalts- und Finanzierungsrisiken bestehen insbesondere durch mögliche Steuermindereinnahmen, durch Mehrausgaben aufgrund eigener DDR-Beschlüsse (z.B. Energiesubventionen,

Wohnungsbauprämienengesetz, Arzneimittelpreisfreigabe, Sozialhilfe, höhere Lehrerbesoldung) sowie im Sozialbereich (Arbeitslosigkeit, Krankenversicherung) und Schadensfälle aufgrund übernommener Bürgschaften.

Fazit:

<Die DDR befindet sich jetzt - wie 1948 die Westzonen - auf einer Durststrecke bei der Überwindung des Erbes aus der Vergangenheit. Dank massiver öffentlicher und privater Hilfe von hier und insgesamt vernünftigen Verhaltens der Verbraucher bestehen aber günstige Voraussetzungen auf spürbare Besserung.>

S. Nehring